



Putschisten vor der Reichskanzlei, vmtl. am 13.3.1920

I. Vorgeschichte und Ursachen

Als die Putschisten am 13. März 1920 die Reichskanzlei in Berlin betreten, war wenige Minuten zuvor die legale Regierung der Weimarer Koalition aus SPD, Deutscher Demokratischer Partei (DDP) und Zentrum, inklusive des Reichspräsidenten Friedrich Ebert geflohen. Zurückgelassen hatten die Koalitionäre den Reichsjustizminister und Vizekanzler Eugen Schiffer (DDP) und einen Unterstaatssekretär, vergleichbar mit einem heutigen Staatssekretär, namens Heinrich Albert (SPD). Der empfing die Hochverräter: «Herr Kapp lüftete ein wenig den Filzhut» und erwiderte auf Alberts Frage, was die Herren wünschten:

«Wir ergreifen die Staatsgewalt.»

Albert, nicht verlegen, wollte mehr wissen:

«Aufgrund welcher Legitimation?»

Kapp:

«Mit dem Recht des 9. November 1918.»⁴

⁴ Bericht eines Ministerialbeamten über die Flucht der Regierung und die «Machtergreifung» durch Kapp, vom 13.3.1920, Könnemann/Schulze (Hrsg.) 2002, Dok. 90, S. 136.

Der 9. November 1918 war den Putschisten des 13. März 1920, den Kapp-Putschisten, eine Schmach. Diese «Schmach», die sie selbst jahrzehntelang kräftig mit provoziert hatten, wollten sie beseitigen. Das, was sie als Revolution ansahen, wollten sie mit einer Konterrevolution vernichten. Eine Konterrevolution, die schon das Zeichen der braunen Zukunft trug: das Hakenkreuz. Nicht zuletzt «litten» deutsche Faschisten, allen voran Adolf Hitler, unter den Geschehnissen dieses Tages. Sie sprachen nicht nur von «Novemberverbrechern», sondern Hitler begründete sogar den Barbarossa-Erlass von 1941, der es deutschen Soldaten ermöglichte, ungestraft jedes Kriegsverbrechen während des Überfalls der Wehrmacht auf die Sowjetunion zu begehen, mit diesem Datum⁵.

Auch und gerade die Kapp-Putschisten wollten jenen Tag vergessen machen. Doch was war das für eine Revolution 1918, die am 9. November begann und daher gemeinhin als Novemberrevolution bezeichnet wird?

November 1918

Im Jahr 1918 ging der Erste Weltkrieg ins vierte Jahr und hatte schon Abermillionen Opfer gekostet, auch unter der Zivilbevölkerung. Die Oktoberrevolution 1917, die Revolution der Bolschewiki unter Wladimir I. Lenin und Leo Trotzki (und der linken Sozialrevolutionäre) in Russland hatte den Krieg im Osten zwischen den Mittelmächten (Deutschland und Österreich-Ungarn) und Russland – und damit auch den Zweifrontenkrieg – beendet. Im März 1918 musste das junge bolschewistische Russland einen Gewaltfrieden mit dem Deutschen Reich schließen.

Der «Friedensvertrag» von Brest-Litowsk dokumentiert ein weiteres Mal den durch und durch expansionistischen, aggressiven Charakter

5 «Behandlung der Straftaten von Angehörigen der Wehrmacht und des Gefolges gegen Landeseinwohner. 1. Für Handlungen, die Angehörige der Wehrmacht und des Gefolges gegen feindliche Zivilpersonen begehen, besteht kein Verfolgungszwang, auch dann nicht, wenn die Tat zugleich ein militärisches Verbrechen oder Vergehen ist. 2. Bei der Beurteilung solcher Taten ist in jeder Verfahrenslage zu berücksichtigen, dass der Zusammenbruch im Jahre 1918, die spätere Leidenszeit des deutschen Volkes und der Kampf gegen den Nationalsozialismus mit den zahllosen Blutopfern der Bewegung entscheidend auf bolschewistischen Einfluss zurückzuführen war und dass kein Deutscher dies vergessen hat.» https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0093_kgs&object=translation&st=&l=de (Abgerufen am 23.10.2019).

des Deutschen Reiches, das diesen Weltkrieg auch maßgeblich verursacht hatte.

Und so sollte mit diesem Vertrag das ganze Baltikum deutsch werden. Ebenso ein «polnischer Grenzstreifen» östlich von Pommern und Schlesien. Polen und die Ukraine waren als deutsche Vasallenstaaten vorgesehen.

Russland verlor ein Drittel seiner Bevölkerung und seines Ackerlandes, 50 % seiner Industrie, 75 % seiner Schwerindustrie, 80 % seiner Eisenvorräte und 90 % seiner Kohleförderung.⁶ Zudem musste Russland sich in einem zweiten Vertrag verpflichten, auch noch sechs Milliarden Goldmark Reparationen zu bezahlen.

Doch ein solches «Schutzgebiet» der Deutschen erforderte den Unterhalt eines größeren Truppenkontingentes, das im Westen, wo die deutschen Truppen immer noch tief in Frankreich standen, dann fehlte. Trotzdem wollte die deutsche Oberste Heeresleitung (OHL) unter dem faktischen Militär-Diktator General Erich Ludendorff (der zusammen mit Paul von Hindenburg die OHL führte) nun die Entscheidung auf Teufel komm heraus erzwingen. Denn die US-Armee, deren Regierung 1917 auf der Seite der Entente (England, Frankreich und Russland) in den Krieg eingetreten war, schickte sich an, in Frankreich massenhaft Fuß fassen.

Es kam zu mehreren (allerdings letzten) deutschen Offensiven, die auf der Seite der Entente bis zu 330.000 und auf deutscher Seite 200.000 Tote forderten. Nunmehr erschöpfte sich das deutsche Heer endgültig, spätestens im August 1918 wusste auch Ludendorff, dass der Krieg verloren war. Er setzte eine Parlamentarisierung durch, um den bürgerlichen und SPD-Politikern, so Matthias Erzberger (Zentrum), Gustav Bauer und Philipp Scheidemann (beide SPD), die nun blauäugig in die Regierung eintraten, die Schuld an der Niederlage zuschieben zu können und er forderte Waffenstillstandsverhandlungen.

Schließlich musste aber auch Ludendorff, nachdem er den Krieg bald danach wieder fortsetzen wollte, gehen, der Kaiser entließ seinen Diktator, kurz bevor auch er gehen musste. Und der Zentrums- mann Erzberger – eben kein Militär, auch das war von den Militärs geschickt eingefädelt – wurde Anfang November 1918 (ausdrücklich mit Billigung Hindenburgs) ins auf weite Strecken systematisch zerstörte Frankreich losgeschickt, einen Waffenstillstand auszuhandeln.

6 Winkler, Geschichte des Westens, Bd. 2, S. 79.